

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die biergefaltene Pettizeile 40 Pfg.

Nummer 51.

Berlin, den 22. Dezember 1907.

8. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Vorstandswahlen — Vorstandsarbeiten. — Die christlichen Gewerkschaften Württembergs. — Rundschau: Den Mut der Verteidigung. Die Regelung des Bauarbeiterlohnes. Wir registrieren. Die Einigung der Metallarbeiterverbände gewerkelt. Die Verhandlungen in der Holzindustrie. Mehr Schutz für die Arbeitswilligen. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Düsseldorf. Bochum. Berlin. Weidum. Dissen-Rothenselde. Düsseldorf. Eimersdorf. Heidelberg. Heizen. Delle. Oppeln. Scherfede. Solingen. Wals. Witzge. Wittlich. Rülhor. — Soziale Wahlen. — Soziales. — Unfälle. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Vorstandswahlen — Vorstandsarbeiten.

Ein neues Geschäftsjahr steht vor der Tür. Damit vollzieht sich ein Wechsel in den Zahl- und Verwaltungsstellen, an dem man nicht achtlos vorübergehen darf. Die Leitung der Geschäftsführung wird eine andere, von ihr hängt das Wohl und Wehe der Zukunft ab. Ausführungen von allgemeiner Bedeutung über diesen Vorgang macht in seiner letzten Nummer das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes; auch für uns haben dieselben besondere Bedeutung. Besondere Bedeutung deshalb, als wir, wie unsere erste halbe Jahresabrechnung zeigt, immer noch mit einer starken Schwankung zu rechnen haben. Stehen wir den Kopf nicht in den Sand, sagen wir es offen, an diesem Zustand haben die Vorstände den stärksten Anteil. Ein beherzender Hinweis auf die uns obliegenden Pflichten, ein klares Erkennen der Situation, liegt daher nur in unserem eigenen Interesse. Hierzu schreibt genanntes Organ:

„Die Organisationsform haben die christlichen Gewerkschaften wie in überhöht alle größeren Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands, zentralisierte Industrieverbände gewählt. Das darf aber nicht hergeleitet werden, so heißt es im „Handbuch“ der christlichen Gewerkschaften, „daß etwa nur der Zentralvorstand für die Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben zu sorgen hätte; im Gegenteil, die Hauptarbeit verbleibt immer bei den Zentralstellen“. Durch den Hauptvorstand oder durch auswärtige Kräfte ließe sich einerseits die Sorgfalt zuwenden, die zur Erhaltung der bereits gewonnenen und zur Gewinnung weiterer Mitglieder notwendig ist. Mehrere müssen die Kollegen am Orte sich bemühen, die gewerkschaftlichen Kenntnisse sich anzueignen, die zur Instandhaltung einer Zahlstelle nötig sind. Duzende neuer Zahlstellen werden jährlich gegründet und wenn sich mangels des Verständnisses für unsere Bestrebungen Wesen auf.

Von den Leitern der Zahlstellen hängt in den meisten Fällen die Befassung derselben ab. Nun kommt es aber nicht selten vor, daß die bezügl. Wahlen vollständig unvorberichtet getätigt werden. Ein solches Verfahren ist, so demokratisch es aussehen mag, zu verwerfen. Wahlen müssen in allgemeinen vorbereitet werden. Für die verantwortungsvollen Posten haben der Ortsvorstand in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten der Generalversammlung Vorschläge zu machen.

Nicht immer sind diejenigen, die durch Schicksal oder durch die Gunst der Mitglieder zu erwerben suchen, für diese Posten geeignet. Es gibt leider viele Leute, die viel reden und nichts tun. Wohl soll ein Ortsvorstandsmitglied, insbesondere der Vorsitzende über etwas rednerisches Talent verfügen, das Schwadronieren genügt indes nicht zur Leitung einer Zahlstelle; die praktische Arbeit ist die Hauptsache. Und dazu gehören gewisse Fähigkeiten, ein gesundes Denkövermögen und eine Portion Liebe zur Sache. Wo letztere anzutreffen ist, sind kleinliche Streitigkeiten ein unbekannter Begriff, wo aber die Liebe zur Sache fehlt, verhindern persönlicher Haberd und kleinliche Mordgeleiten ein erprobliches Wirken.

Als diesen Gründen ist die bei den Wahlen anzutreffende Befähigung befähigter Kollegen durchaus unangebracht. Wo erfolgreich für eine Sache gekämpft werden soll, ist es Vorbedingung, daß der rechte Mann am rechten Posten steht. Deshalb müssen befähigte Kollegen mitunter selbst zugreifen, wenn die Sache es erfordert.

Gut ist es, wenn Kollegen als Vorsitzende gewählt werden, die im Beruf tätig sind und möglichst längere Zeit am Orte ansässig sind; diese verfügen in der Regel bei kritischen Situationen sowohl gegenüber den Arbeitgebern wie Arbeitern über einen größeren Einfluß. Und diese Eigenschaft ist sehr vorteilhaft zur Vorbeugung und eventueller Beilegung von Differenzen.

Von großem Nachteil ist einer Zahlstelle ein zu häufiger Wechsel im Ortsvorstand. Zur erfolgreichen Ausübung eines verantwortungsvollen Postens gehören Erfahrungen. Ein Lot Erfahrung ist bekanntlich besser, wie ein Zentner Theorie. In einer Zahlstelle muß mit Berechnung gearbeitet werden. Wie aber soll ein Ortsgruppenvorstand in der Durchführung der Aufgaben der Zahlstellen sich eine Routine, eine gewisse Fertigkeit aneignen können, wenn nahezu bei jeder Wahl andere Kollegen mit diesen Posten betraut werden? Der häufige Wechsel wird meistens dadurch verschuldet, daß Anforderungen in materieller und sonstiger Hinsicht an solche Kollegen gestellt werden, die deren Leistungsfähigkeit übersteigen. Hier muß den Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, ihren Verpflichtungen auch nachzukommen. Trotz der Notwendigkeit des Idealismus, hat auch dieser im Gewerkschaftsleben seine Grenzen.

Der zu wählende Vorstand der Zahlstelle hat zunächst die Aufgabe, die an ihn heranretende Arbeit zu verteilen. Der Vorsitzende hat für Vorbereitung, richtige Bekanntmachung

und anregenden Verlauf der Versammlungen zu sorgen, Referenten zu bestellen und Maßnahmen auszuführen, durch welche die Zahlstelle vorwärtsgebracht und hochgehalten werden kann. Derselbe muß in Gemeinschaft mit den übrigen Vorstandskollegen seinen Ehrgeiz darin setzen, daß von Quartal zu Quartal nie ein Mitgliederrückgang, sondern wenn nur irgend möglich, ein Zuwachs zu verzeichnen ist. Er muß in die ganze Arbeit System zu bringen suchen. Was einzelnen selbst mit dem besten Willen und angestrengter Arbeit nicht möglich ist, ist vielen eine Leichtigkeit.

Der Schriftführer hat den Vorsitzenden bei schriftlichen Arbeiten größtmöglichermaßen zu unterstützen, mit dessen Einverständnis Berichte für das Verbandsorgan und die Lokalpresse anzufertigen und das Protokoll über die Versammlungen zu führen. Das Protokoll dient in der Hauptsache als Nachschlagebuch, um eventl. gefasste Beschlüsse in jeder Versammlung und für einen größeren Zeitraum fest- oder zusammenstellen zu können. Der sachliche Inhalt eines Vortrages braucht im Protokoll nicht des langen und breiten wiedergegeben zu werden.

Der Kassierer hat insbesondere im Einvernehmen mit den Vertrauensleuten dafür zu sorgen, daß die Beiträge pünktlich eingehen. Durch lauges Kassieren und die dadurch bedingte Anhäufung größerer Beträge gehen den Gewerkschaften jährlich tausende von Mitgliedern verloren. Dieser bedauerlichen Erscheinung entgegenzuwirken, ist neben einer exakten Buchführung die Hauptaufgabe des Kassierers. — Den übrigen Vorstandsmitgliedern erwächst die Pflicht, mit ihrer Tätigkeit nicht hinter dem Berge zu haften, bis etwa der erste Vorsitzende, Kassierer oder Schriftführer seine Aufgabe nicht erledigen kann, sondern müssen sie bestrebt sein, die zu leistende Arbeit jederzeit wirksam zu unterstützen.

Von Wichtigkeit ist auch noch die Wahl der nicht zum Vorstande gehörenden Revisoren. Hierbei wird leider nur zu oft mit einer unglücklichen Leichtigkeit verfahren. Ein Revisor, der seinen Posten nicht ganz ausfüllt, oder denselben nicht gewachsen ist, ist feiner. Tausend gegen eins ist zu wetten, daß in manchen Zahlstellen die an die Einföhrung der Abrechnung erst mehrere Male gemacht werden müssen, die Revisoren mit Schuld an einer berartigen Wirtschaftstragen. Eine Revision soll nicht nur auf Befestigung des Kassierers erfolgen, sondern hat auch dann Wert, wenn sie außer der Zeit der Quartalsabrechnungen fällt. Ein Kassierer, der daran gewöhnt ist, seine Sachen jederzeit in Ordnung zu haben, wird eine Revision nicht als Befestigung empfinden. Bei der Revision ist nicht nur die Vorlage der Bücher und der Abrechnungsformulare notwendig, sondern auch die der Marken, der Belege und des Geldes. Es muß so kontrolliert und gehandelt werden, daß es einem eventl. untreuen Kassierer unmöglich ist, Schiebungen zu machen.

Mögen unsere neugewählten Vorstände diese Ausführungen wohl beherzigen und darnach — handeln. Das Blühen und Gedeihen unseres Verbandes hängt davon ab.

Die christlichen Gewerkschaften Württembergs.

Zu einer außerordentlichen Kundgebung der christlichen Gewerkschaften Württembergs gestaltete sich die am Sonntag, den 8. Dezember, von vormittags 10 bis abends 7 Uhr, im Restaurant „Charlottenhof“ in Stuttgart abgehaltene Landeskonferenz. An derselben haben teilgenommen: 62 Delegierte aus allen Teilen des Landes; Generalsekretär Stegemann als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands; Zentralvorsitzender Wieber vom christl. Metallarbeiterverband; Bauart Berner im Auftrage der Gewerbeinspektion; Vizepräsident v. Riene (Zentrum), Apotheker Reußen (Deutsche Partei), Schausfler-Gannhelt (Konervative Partei). Ferner eine Anzahl Gäste; die Tagespresse war ebenfalls vertreten.

Der Einberufer der Konferenz hielt einleitend eine kurze Begrüßungsrede; anschließend daran wurden unter Leitung des Generalsekretärs Groß (Schw.-Gemünd) die Verhandlungen aufgenommen.

Bezirksleiter Kollosraht (Schramberg) erstattete zunächst ein kurzes Referat über den Stand der christlichen Organisationsstellen in Württemberg. Die christlichen Gewerkschaften haben seit dem 1. Januar 1906 in Württemberg um 2500 Mitglieder zugenommen. Mit dieser äußeren Entwicklung hat auch die innere Stärkung der einzelnen Verbände gleichen Schritt gehalten. In der darauffolgenden Diskussion wurden auch die Verhältnisse der königlichen Hüttenwerke eingehend beleuchtet und Anregungen gegeben, welche Wege einzuschlagen sind, um die da und dort noch vorhandenen Mißstände zu beseitigen. Die Vertreter der Parteien, sowie der Gewerbeinspektion brachten bei dieser Gelegenheit ihre Sympathien der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber zum Ausdruck. Nach der Mittagspause hielt Generalsekretär Möbiach einen instruktiven Vortrag über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben. Neben der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hebt der Redner folgende Punkte besonders hervor: Hege Teilnahme an sozialen Wahlen, Förderung des Bildungswesens, Arbeiterschutz, Gesundheitspflege (Volkshäuser), hauswirtschaftliche Unterrichtslehre usw. Der überaus interessante Vortrag fand allgemeine Anerkennung. Folgende Resolutionen fanden einstimmige Annahme:

1. Allgemeine Lage: Die erste Konferenz der christlichen Gewerkschaften Württembergs stellt sich einmütig auf den Boden der Beschlüsse des 2. deutschen Arbeiterkongresses in Berlin. Sie fordert die christlichen Gewerkschaften Württembergs auf, energisch im Sinne dieser Beschlüsse tätig zu sein. Um allen Möglichkeiten zu begegnen, erklärt die Konferenz mit Nachdruck, daß die christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und parteipolitisch neutrale Organisationen sind, mit dem aus-

schließlichen Zwecke, die Berufs- und Standesinteressen der Arbeiter zu vertreten, ohne daß der christlich-national gesinnte Teil derselben der Gefahr ausgesetzt wird, mit seinen idealen Bestrebungen sich in Widerspruch zu setzen. Die Konferenz fordert die christlich-national gesinnten Arbeiter Württembergs auf, für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften energisch tätig zu sein.

2. Presse: Die 1. württembergische Gewerkschaftskonferenz der christlichen Gewerkschaften begrüßt die wachsende freundliche Stellungnahme verschiedener württembergischer Zeitungen gegen den christlichen Gewerkschaften. Gleichzeitig richtet die Konferenz an alle Ortsgruppen das dringende Ersuchen, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und bei der Presse, wo aber ein gleiches nicht der Fall ist, auf Erfüllung ihrer Pflichten mit allen zu Gebote stehenden erlaubten Mitteln hinzuwirken, wie auch die Mitglieder zur energischen Unterstützung der uns fördernden Presse anzuhaken.

3. Vereinsgesetz: Die 1. württembergische Gewerkschaftskonferenz spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Verschlechterung des jetzt in Württemberg bestehenden Vereins- und Versammlungsrechtes aus, wie dies durch den vor einiger Zeit dem Reichstag vorgelegten Entwurf beabsichtigt ist. Sie erblickt in der Uebertragung der richterlichen Befugnisse anderer Bundesstaaten auf die in dieser Frage freiherrlichen Zustände Württembergs eine Gefahr für die staatsbürgerliche Betätigung der unteren Volkskreise auf den verschiedensten Gebieten.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung erstattete Generalsekretär Rott (Karlsruhe) ein kurzes Referat über die ortsüblichen Tagelöhne in Württemberg. Die Konferenz stimmte sodann dem Antrage des Referenten auf Einleitung einer allgemeinen Aktion zwecks entsprechender Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne zu und beauftragte die maßgebenden Personen mit der konfessionellen Vereinen diesbezüglich in Fühlung zu treten.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Württemberg ist auf dem Vormarsch. Die Konferenz ergab nach jeder Seite hin ein erfreuliches Resultat. Bei allen Fragen und Beschlüssen herrschte vollkommene Einigkeit. Mit dem festesten Fortschreiten die Teilnehmer auseinander, in der Zukunft mit zäher Ausdauer und Beharrlichkeit für die christliche Arbeiterfrage zu kämpfen.

Rundschau.

Den Mut der Verteidigung

ob der schamlosen Handlung in Mannheim findet trostlosend noch das Organ des sozialdemokratischen Stukkateurverbandes. Mit zünftiger Offenheit gibt der „Stukkateur“ zu, daß 26 000 Mark Arbeitergroschen, mühsam und unter Entbehrung zusammengebracht, zur Vernichtung des christlichen Verbandes in Mannheim von dem sozialdemokratischen Stukkateurverband verpulvert worden sind. Nur bitter findet er für die „Führer“, daß der Kampf nicht zum Erfolg geführt hat. Damit hat der „Stukkateur“ nicht nur sich, sondern auch die gesamte Führung seines Verbandes gerichtet. Der „Stukkateur“ freut sich, daß auch wir 11 000 M zur Abwehr auswerfen mußten. Um diese Freude beneiden wir ihn nicht, sie kennzeichnet ja nur zu sehr den Charakter der Führung dieses Verbandes und ihre sittliche und moralische Höhe. Auf die niederen Instanzen genannten Organs gehen wir nicht ein, offen gesagt, uns eckt das vor. Und mit solchem Pack muß man sich herumschlagen.

Wie unendlich groß ist die Verantwortung eines Arbeiterführers. Er soll nicht nur das Vermögen des Verbandes in richtiger, zweckentsprechender Weise verwalten, nicht nur die materiellen Interessen der Mitglieder vertreten, nein, er soll auch Erzieher sein. Muß sich nicht tagtäglich ein ernsthafter Arbeiterführer die Frage vorlegen: Tuft du auch das Richtige? Ist dein Handeln wirklich geeignet, die deiner Leitung Anvertrauten auf eine höhere Stufe des Lebens, geistig sowohl, als sittlich und moralisch zu bringen? Wer es mit seiner Pflicht ernst nimmt, tut das; bei ihm werden Dinge, wie sie in Mannheim sich ereigneten, niemals Billigung finden. Die Führung des sozialdemokratischen Stukkateurverbandes denkt anders; bei ihr finden moralisch verwerfliche Handlungen nicht nur stille Billigung, nein, sogar noch Verteidigung und — — Unterstützung. Das nennt sich dann auch Arbeiterführer und — — — Erzieher. Aber fragt nur nicht wie! Und solche Führer läßt sich eine Arbeiterchaft gefallen; wahrlich bedauernswerte Opfer.

Die Regelung des Bauarbeiterlohnes

in Hessen, verlangt in einem Bericht die zweite Ständekammer. Bei der Eröffnung des derzeit noch tagenden Landtages wurde in der Thronrede angekündigt, daß eine diesbezügliche Vorlage sich in Vorbereitung befindet. Im Frühjahr dieses Jahres wurde die Ankündigung wiederholt, jedoch ein bestimmter Zeitpunkt der Einbringung der Gesetzesvorlage nicht angegeben. Der Bericht spricht die Meinung aus, eine reichsgesetzliche Regelung sei am erstrebenswertesten, allein er scheint vom Reich nicht viel zu erhoffen. Er weist darauf hin, daß schon vor Jahren vom Minister des Innern festgestellt wurde, die Zahl der Revisionsbeamten der hessen-nassauischen Bauberufsgenossenschaft sei zur richtigen Ueberwachung der Baubetriebe zu gering und völlig unzureichend. Neben dem Erlaß besonderer Bauarbeiter-schutzbestimmungen kommt die Ueberwachung der Betriebe, ja, sie ist vielleicht am wichtigsten. Es schließt vor, der Gewerkschaft die Baukontrolle anzuschließen. Es kann nur erwünscht

sein, wenn Hesse in dieser Frage vorgeht, und durch Anstellung von Kontrollleuten aus dem Arbeiterstand, welche der Gewerkschaft in immerhin beigegeben werden mögen, den Weg bahnen, der von uns stets als der wirksamste zur Bekämpfung der Unfallgefahr bezeichnet worden ist.

Wir registrieren

einen neuen Akt freigewerkschaftlicher Werbetätigkeit für die Sozialdemokratie. Der Zweigverein Bochum des Zentralverbandes der Maurer versendet zurzeit ein Zirkular an die Mitglieder genannten Verbandes, folgenden Inhalts:

Bist du Sozialdemokrat?

Ein großer Teil von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die nicht zugleich auch Mitglieder des sozialdemokratischen Vereines sind, werden es als eine Gerabsetzung empfinden, wenn von ihnen behauptet wird, daß sie keine Sozialdemokraten sind, und doch ist dem so. Das sozialdemokratische Organisationsstatut bestimmt, daß nur diejenige Person als zur Sozialdemokratie gehörig betrachtet wird, die Mitglied eines sozialdemokratischen Vereines ist.

Bist du also Sozialdemokrat?

Jeder Sozialdemokrat, jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter oder dessen Frau und jede Arbeiterin hat aber auch die Pflicht, die sozialdemokratische Presse zu unterstützen. Berat an seinen eigenen Klasseninteressen begehrt, wer noch die bürgerlichen Zeitungen unterstützt. Nur durch die sozialdemokratischen Zeitungen werden die Interessen der Arbeiterschaft wirksam verfolgt.

Bist du also das Volksblatt?

Wenn nicht, dann fülle angefügten Schein aus.

(Folgen Bestellgettel und zwei Probenummern des sozialdemokratischen Volksblattes.)

Das nennt sich dann immer noch „freie“ Gewerkschaft. Romisch schreit, daß das Nichtsozialdemokratische von manchen als Gerabsetzung empfunden werden soll. Sicher ist, daß von manchem auch christlich gesinnten Arbeiter, der in seiner Harmlosigkeit noch Mitglied dieser „freien“ Gewerkschaft ist, die sozialdemokratische Zumutung als Gerabsetzung betrachtet werden wird. Bist du also kein Sozialdemokrat? Dann heraus aus der „freien“ Gewerkschaft.

Die Einigung der Metallarbeiterverbände gescheitert.

Bekanntlich hatten vor zwei Jahren verschiedene Vorgänge im sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande eine Anzahl seiner Mitglieder veranlaßt, auszutreten und eine zweite Organisation, den Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, zu gründen. Der Parteivorstand hatte jetzt Einigungsversuche unternommen, bei denen der Allgemeine Metallarbeiterverband seine Vorschläge zur Einigung formulierte. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, dem diese Vorschläge übermittelt wurden, machte jedoch seinerseits Vorschläge, die von der anderen Organisation abgelehnt wurden. Die trotzdem von dem Parteivorstand weiter vorgenommenen Einigungsversuche sind gescheitert. In einer außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes wurde mit Majorität eine Resolution angenommen, in der man beschloß, in Einigungsverhandlungen mit dem deutschen Metallarbeiterverband überhaupt nicht mehr einzutreten.

Der Essinger Jubilarverband, der vor einiger Zeit den Aufruf an die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften nachsuchte, jedoch abgewiesen wurde, beschloß, keine weiteren Einigungsversuche mehr an sich heranzuziehen zu lassen. Neuerdings veröffentlicht das Organ genannten Verbandes einen Artikel über die Praktiken des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Esslingen. Darin wird der Nachweis geführt, daß der Metallarbeiterverband in einer recht sonderbaren Weise gegen die Sieberei vorgegangen ist. Der Verband habe, wie aus der Veröffentlichung der Kopie eines Schreibens des Geschäftsführers des Metallarbeiterverbandes an den Geschäftsführer des Verbandes in Wevelsberg und Hagen hervorgehe, unter falscher Firma eine Sieberei errichtet, mit dem ausgesprochenen Zweck, die Sieberei zu kühnen. Der Wevelsberger Geschäftsführer wird in dem Schreiben aufgefordert, die Vertrauensleute des Verbandes in den Siebereien zu Wevelsberg und Hagen anzuhalten zum Berratt von Geschäftsgeheimnissen ihrer Arbeitgeber. Wörtlich heißt es in dem Schreiben unter anderem: „Wo die Möglichkeit vorliegt, Gehaltszettel in irgend einer Weise zu bekommen, so übermitteln sie dieselben. Ungleich jählicher würde aber die Sache wirken, wenn bei ausbrechendem Streik wir den Unternehmern die Kunden abstoppen könnten. Kein Plan wäre, all die Vertrauensleute in den Siebereien zu instruieren, Modelle und Kunden kennen zu lernen, sie zu notieren und Verzeichnisse darüber anzufertigen. Selbstredend darf ihnen unter keinen Umständen mitgeteilt werden, daß hier eine Sieberei ist, die sich darauf legt, den Unternehmern in die Hände zu fallen, was man ihnen ja etwas vorzuzubehalten.“ Das kommt ja immer toller!

Die Verhandlungen in der Holzindustrie

verließen vorläufig ergebnislos. Bei der Zusammenfassung des Verhandlungskörpers war schließlich nichts anderes zu erwarten. 200 Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren zu den Verhandlungen erschienen. Das ist für eine Volksversammlung und kann nicht erregend erscheinen, derartig weitgehende Aufgaben zu erledigen. Man erhält den Eindruck, daß es entweder den Arbeitgebern in der Holzindustrie um einen Coup zu tun war, oder sie besitzen nicht die Fähigkeit, das Material für die sachgemäße Erledigung der Angelegenheiten zu treffen. So etwas ist vorderhand kein.

Es war eine allgemeine Heerei, die damit endigte, daß vor dem Reichsgericht über die Tarife von vier Städten, die am 1. Januar bzw. 1. April ablaufen, verhandelt wurde. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, und wurde die Konferenz aus diesem Grunde für beendet erklärt. Die Verhandlungen sollen nun in den in Betracht kommenden Orten weitergeführt werden, diejenigen Fälle, wo keine Einigung erzielt wird, sollen einer höheren Konferenz vorbehalten werden.

Mehr Schutz für die Arbeitswilligen

beruht der Zentral-Ausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, in einer Eingabe an den Reichstag. Derselbe stellt ein bewegliches Mitglied über den angeblichen Terrorismus gegen die Arbeitswilligen dar, wobei die Sozialdemokratie den Hauptanstoß gegeben hat. Der § 103 der S.O. soll eine Erweiterung erfahren und den Innungen gestattet werden, sich den Arbeitgeberverbänden anzuschließen. Das nennt man Konsequent. Einschränkung der Gewerkschaften der Arbeiter durch den § 103, wegen gesetzlicher Qualifizierung der Arbeitgeberverbände. Das kommt den Arbeitern passen.

Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite: Wer schützt die Arbeitswilligen, welche der Inanspruchnahme der Unternehmer verfallen? Wäre es nicht der Spiel angebracht werden? Und die Eingabe angefügt der Kompromittierung der Arbeitgeber. Der Reichstag muß die Eingabe als eine solche, welche den Arbeitern schaden und wird sie auch demgemäß be-

werten. Ganz besonders schlaun war das von den Handwerksmeistern nicht. Eine Eingabe gegen den Terrorismus des Großkapitals der Traktat- und Syndikate, die Wonne eher Anklagen finden. Über von jenen lassen sie sich ruhig ausbeuten, sie kämpfen nur auf den Arbeiter. Sie meinen eben, da Wänten sie am ehesten und billigsten.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Weihenburg i. G., Aussperrung (Maurer Zimmerer und Bauführerarbeiten), Elberfeld (Fliesenleger), Sperre über die Firma Nummenhölzer, Darmen-Rittershausen, Bochum (Sperre über Herrmann Wingenfeld), Säckingen und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauführerarbeiten). Gelpert ist das Baugeschäft Herrmann in Wilschhofen, Döhr. Essen a. d. Ruhr. (Dachdecker.) Wegen Nichtannahme des Tarifs, wurde im Einverständnis mit der Schlichtungskommission über die Firma Wilhelm Esch die Sperre verhängt. Essen, Ruhr (Stukkateure) Sperre über den Zwischenmeister Helmerich (St. Andreasstraße) in Mittenfieber. Elberfeld-Darmen (Fliesenleger) Sperre über die Firma Groß und Hommelsbed. Gladbeck, Sperre über die Firma Schilder (Stukkateure).

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Ehrtige Maurer, Verbandskollegen, gesucht! Arbeitsnachweis Oberhausen (Rhd.), Mauerstr. 14. Vernh. Kirchner.

Stukkateure.

Düsseldorf. Der verpasste Verschmelzungsummel des roten Stukkateurverbandes scheint auch hier seine Wirkung hinterlassen zu haben. Genosse Baues aus der „Einigkeit“, als „Dachpolizist“ bekannt, nebst Konsorten, springen in letzter Zeit um die Wette, um aufrechtstehende Stützen für das Verbandsgebäude zu suchen. Auf eine Lage mehr oder weniger kommt es bei dieser Euferei nicht an, wie das wieder schlagend der Artikel in Nr. 47 des „Stukkateur“ beweist. Der Artikelschreiber läßt folgendes Gemisch durch seine Feder fließen: Die Sperre über Bochum & Knauer am Genselungshelm sei durch Vermittelung des Gewerbegerichts am 14. November aufgehoben worden. Die Christlichen hätten trotz der Einladung und auch Zusage zur Versammlung keine Stellung dazu genommen. Auf Einladung der Arbeitgeber seien dann die Christlichen zur Bohntommissionsung erschienen. Mitgebracht hätten sie das Mitglied Pollmanns, bekannt als ihr früherer Vorsitzender und späterer Streikbrecher. Als nach einer Anfrage seitens Herrn Stranach (Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes) in fraglicher Sitzung die Christlichen sich zu dieser Sperre neutral erklärt hätten, habe Stranach festgestellt: „Sie und die anderen Eselränner (gemeint ist die Freie Vereinigung) haben nicht gespart. Können wir Ihre christliche Mitgliederliste haben?“ — „Ja!“ — „Was wann?“ — „Morgen.“ In diesen Tönen geht es noch eine ganze Strecke weiter. Es erübrigt sich aber, weiter darauf einzugehen; es genügt zur Charakterisierung seiner Verdrehten!!! Zur Aufklärung reißt wir dem Strikifaj die Maske ab und stellen folgendes fest: Am Genselungshelm arbeiten neben den Zentralverbänden auch Mitglieder der Freien Vereinigung. Trotz der Streikverfänge auf dem Essener Parketttag, befinden sich beide Gruppen ständig auf dem Kriegspfad. Auch an fraglicher Baustelle glaubte sich jeder Stellung verschaffen zu müssen. Die Firma Bochum & Knauer, welche die Arbeiten ausführt, wünschte die Außenarbeiten im Afford fertigzustellen. Die Genossen gingen darauf ein, jedenfalls aber nur mit der Absicht, durch Uebernahme von Afford sich die meiste Arbeit zu sichern und ihre Position zu stärken. Affordarbeit war im Tarif nämlich nicht festgelegt. Als man aber zu dem Affordpreis von 75 Pf. pro Quadratmeter nicht auf seine Rechnung kam, beschimpften sich die Genossen gegenseitig, Afford übernommen zu haben, und stellten denn auch die Arbeit ein. Den Tarif, der im vorigen Winter mit der Firma abgeschlossen war, ließ man links liegen und schickte eine neue Forderung von 6 M Tagelohn ein. Die Firma vertrat den Standpunkt, am alten Tarif festzuhalten, jedoch 1 M extra für Vergütung und das Jahrgehd zu zahlen, weil die Baustelle einige Stationen von Düsseldorf entfernt liegt. Die Genossen lehnten dieses Angebot, das, wie sie selbst gubeben, über ihre Forderung hinausging, ab. Man will uns nun nach dem Schreiben im „Stukkateur“ von der Angelegenheit in Kenntnis gesetzt und sogar vom Vorsitzenden, Kollegen Freitag, die Zusage zur Versammlung erhalten haben. Der genannte Kollege, der sich schon mehrere Wochen in einer Dungenheilstätte befindet, war auch damals schon im 7. auf Hause. Man hat ihn aber auch erst einen Tag vor der Versammlung in Kenntnis gesetzt, es war daher auch unmöglich, daß unsererseits Stellung genommen und Zusage zur Versammlung erfolgt sein könnte. Zur späteren Bohntommissionsung mußten uns die Arbeitgeber einladen, die Genossen hielten dies nicht für notwendig. Das Bohntommissionsmitglied Pollmanns, worüber man so entsetzt ist, war früher Vorstandsmitglied bei den Genossen, ist aber hinausgerückt worden. Und zwar deshalb, weil er seinen religiösen Verpflichtungen nachkam. Seine Anschauung über den Programmaj, „Religion ist Privatfache“ hatte daher auch einen starken Stoß bekommen. Was die Einreichung der Mitgliederliste betrifft, hat der Artikelschreiber die bewußte Unwahrheit gesagt. Eine Zusage in dieser Form ist nicht gemacht worden und wäre auch bei einer Aussperrung nicht geschehen. Man sagt, die Sitzung am Gewerbegericht ist durch die Meistervereinigung geschehen. Damit will man jedenfalls zum Ausdruck bringen, als seien die Unternehmer wieder einmal die Bestiegen. Wir wissen aber genau, daß die Genossen innerlich darüber sehr erzürnt waren. Hatte man doch nun Hoffnung, auf diese Weise die der verpassten Lage herauszukommen. Bei dieser Sitzung stellten sie den Antrag, die Christlichen nicht zuzulassen; es gelang ihnen jedoch nicht in dieser Verhandlung. Es wurde nun festgestellt, daß die Genossen sich des Tarifbruchs schuldig gemacht haben, weil sie entgegen den Bestimmungen, die zur Berrmeidung von Differenzen in dem Vertrag niedergelegt sind, die Sperre verhängten. Auch mußten sie sich nun mit dem Angebot, das die Firma gleich bei Beginn des Streites gemacht hatte, von ihnen aber abgelehnt wurde, einverstanden erklären. Die Sache wird aber dadurch noch interessanter, indem diese Abmachungen nur vier Wochen Geltung haben sollten. Die Genossen haben dieses zu. Also hier heißt man dieses gut, und kann einige Tage vorher hat man es abgelehnt. Mit Recht protestierten wir dagegen, und bleibt nun auch diese Abmachung bestehen, bis der neue Tarif zum Abschluß gelangt. Wenn die Genossen geknallt haben, die Christlichen möchten die Karte aus dem Dred ziehen helfen, dann bei einer Firma, bei der ihnen kein Mittel zu schloß ist, um andere Kollegen von Geschäft fernzuhalten und durch offenkundigen Terrorismus zur Arbeitsniederlegung zu zwingen, so dürften sie sich grübel haben. Wir haben keine Veranlassung, weder den Anb der harmlosen (Freie Vereinigung) noch die sozialdemokratischen Zentralverbände in ihrem Kampfe zu unterstützen. Das schadet sich, das vertritt sich. Im Kampfe gegen die Christlichen sind sich der „Anarchismus“ Bindhof und der „Dachpolizist“ Baues einig. Wenn der Artikelschreiber am Schluß seine Organisation als die „Einigkeit“ bezeichnet, so muß dies bei den Lesenden einen lächeln

erregen, sucht man doch seit längerer Zeit nach Medizin, um dem Kranken Gaul wieder auf die Beine zu helfen.

Zimmerer.

Bochum. (Zimmerer.) Die Zahlstelle Bochum hielt am 30. November im christlichen Gewerkschaftshause ihre regelmäßige ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz in Essen, 2. Festsetzung der Winterbeiträge, 3. Kartellbericht, 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 nahm unser Kassierer Koll. Lauterbach das Wort und erstattete eingehenden Bericht von der Bezirkskonferenz. Redner wies darauf hin, daß zwecks finanzieller Kräftigung unseres Verbandes die Extrabeiträge bezahlt werden müßten, ebenso die laufenden Beiträge. Die Versammlung beschloß, den Mitgliedern, die die Extrabeiträge noch nicht bezahlt hätten, eine Frist bis zum Jahresschluß zu setzen. Wenn bis dahin die Beiträge nicht bezahlt seien, so sollten die Mitglieder, die überhaupt keine Extrabeiträge bezahlen wollten, aus der Zahlstelle ausgeschlossen werden. Zu Punkt 2 wurde beschlossen, die Winterbeiträge auf 1,20 M für das Winterquartal festzusetzen. Den Kartellbericht gab der Schriftführer Kollege Michaels. Zum Punkte Verschiedenes wurde die Konferenz besprochen, die zwecks Winteragitation vom Ortskartell einberufen worden war.

Maurer.

Berlin I. Am Freitag, den 6. Dezember, fand Rüdigersdorferstr. 45 eine ordentliche Mitgliederversammlung statt, die leider — (schwach) besucht war. Kollege Meyer behandelte das Thema: „Die augenblickliche Lage im Baugewerbe und unsere Aufgabe für die Zukunft.“ Der Referent bezeichnete die jetzt bestehenden Verhältnisse (große Arbeitslosigkeit) nicht als Folge der gegenwärtigen Aussperrung, sowie Streik — sondern es ist die Anfang der bevorstehenden Krise, die noch bedeutend schärfer im Erscheinen treten wird. Das soll aber keinen Grund zur Zaghaftigkeit geben, obwohl die Arbeitgeber diese Situation für sich auszunutzen gedenken. Daß dem so ist, beweist die außerordentliche Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte; sogar die Presse hatte keinen Zutritt. Es hat nicht sollen sein, daß dieses Kriegsgericht über die Bauhandwerker und Arbeiter nur in den Händen der Scharfmacher bleiben sollte, sondern das Protokoll ist frühzeitig an die Öffentlichkeit gelangt. Einige bemerkenswerte Punkte hob Redner aus dem Protokoll besonders hervor, z. B. „Herr im Hause zu sein“, ferner über „Einstellung und Entlassung“ will der Arbeitgeber nur selbst bestimmen. Der im Tarif festgesetzte Lohn soll nur für 14 Tage Maurer, Zimmerer und Bauführerarbeiten gezahlt werden; wer dann tüchtig ist, darüber entscheidet selbstverständlich der Arbeitgeber selbst. Das Hauptprodukt der ganzen Beschlüsse dabei ist, daß sämtliche Tarifverträge nur bis 1910 abzuschließen sind, damit nach besonderer Betonung des Herrn Festsch (Berlin) eine allgemeine Aussperrung über ganz Deutschland vorgedummen werden kann, an der sich auch diejenigen Arbeitgeber zu beteiligen haben, welche keinen Tarifvertrag haben. Dieses sind in kurzen Worten die sogenannten Friedenssätze, welche hinter den Kulissen der Arbeitgeber durchweg angestimmt werden. Sollen die Absichten der Arbeitgeber durchkreuzt werden, so ist das nur möglich, wenn ein jeder seinen Platz ausfüllt. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß ein jeder die Versammlungen pünktlich besucht; persönliche Sachen nicht in den Vordergrund stellt, sondern das Allgemeine als Aufgabe betrachtet. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Vortrags. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß nur diejenigen Bücher der Schlußkämpfe erhalten können, welche die Extramarken von enthalten. Mit dem Hinweis darauf, daß wir alle Ursache haben, unsere Reihen zu stärken, und ein jeder auf dem Posten sein muß, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Bochum, den 9. Dezember. Unsere heutige Versammlung regelte zunächst die Entschädigung des Kassierers und der Hilfskassierer. Kollege Werner (Paderborn) ging auf die Wünsche bezüglich der Arbeitszeit ein, die sich am Orte gezeigt haben. Er behandelte ferner die Tarifkündigungen der Unternehmer, deren Absichten, und die daraus für uns sich ergebenden Konsequenzen. In der Diskussion wurde auf die Entlassung eines Kollegen hingewiesen, der 25 Jahre bei einem Unternehmer gearbeitet hat; er wurde entlassen, weil er sich organisierte. Das zeugt von einer Gesinnung, die weder human noch einsehbar genannt werden kann. Einen Arbeiter nach 25jähriger treuer und redlicher Arbeit, nachdem er einem einzigen Unternehmer seine Kraft, ja sein Leben geopfert hat, zu entlassen, ist einfach brutal. Mit einem Appell an die Einigkeit der Kollegen wurde die Versammlung geschlossen.

Dissen-Rothensfelde. Als vor etwa drei Monaten hier eine Zahlstelle des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauführerarbeiten gegründet wurde, haben auch die sozialdemokratischen Verbände sich veranlaßt, das Wert der Zersplitterung zu beginnen, welches sie sonst den Christlichen so gerne anhängen. Zur Agitation standen ihnen die freitenden Metallarbeiter von Rothensfelde in Ehren zur Verfügung, welche ihre Werbearbeit in bekannter, nicht gerade lebenswürdiger Weise ausübten. Man schämte sich nicht, mit Mitteln zu drohen, womit man kleine Kinder bange macht und sie einzuschüchtern versucht, erwachsenen vernünftigen Menschen aber nur die Augen öffnet über den Charakter solcher Agitatoren und der Sache, die sie vertreten. Doch nicht allein von Rothensfelde, sondern auch von Dissen-Rothensfelde kamen ganze Kolonnen, um die heiligen Kollegen vor der christlichen Organisation zu warnen; mit den gemeinsten Dingen wurde sie verächtlich. Obchon das Sprichwort „viel Geschrei, aber wenig Woll“ bei den Sozis zutreffend ist, haben sie doch einige Anhänger gefunden, wenn man sie auch größtenteils nur als Mitläufer oder als Zwangsmitglieder ansehen kann. Zu dem bekanntesten Zwangsmittel „Arbeitsentstellung“ hat man nämlich auch hier schon gegriffen, allerdings ohne Erfolg. Es hat demnach an Versuchen, unsere junge Zahlstelle zu vernichten, nicht gefehlt. Unsere Kollegen haben aber ganz keine Neigung, ihre christlich-nationale Gesinnung preiszugeben, zumal sie in der christlichen Organisation eine wahre Vertreterin ihrer wirtschaftlichen Interessen gefunden haben. Das zeigte auch die letzte Mitgliederversammlung, wo Kollege Parkei aus Welefeld über Arbeiterpolitik referierte, was zur Folge hatte, daß sich mehrere Kollegen aufnehmen ließen. Hoffentlich werden die nächsten Ausführungen auch noch eine Nachwirkung haben. Es fehlt den meisten Kollegen noch an echten gewerkschaftlichen Geist, Opferstimm und Arbeitsfreudigkeit; ohne dieses kann keine Zahlstelle gedeihen. Suche jeder Kollege, soweit es in seinen Kräften steht, durch Aufklärung neue Mitglieder zu werben, rufen wir nicht, bis der letzte Unorganisierte Mitglied unseres Verbandes ist. Dann wird das Gegenteil von dem eintreffen, was unsere sozialdemokratischen Arbeitskollegen geofft haben.

Düsseldorf. Der Generalversammlung der Maurer, welche am 26. November stattfand, lag folgende Tagesordnung zugrunde: 1. Geschäftliches, 2. Kartellbericht, 3. Festsetzung der Winterbeiträge, 4. Bekanntgabe der Abrechnung vom dritten Quartal, 5. Vorstandswahl. Zu Punkt 1 teilte Kollege Meister mit, daß der Geschäftsbericht nicht wie im vorigen Jahre in dieser Versammlung, sondern wahrscheinlich in der am 10. Dezember stattfindenden Generalversammlung der Verwaltungsstelle gegeben werde. Die Kartelldelegierten rügten, daß der sozialdemokratische Ausschuß nicht genügend Propaganda für die große Versammlung bezüglich des Arbeiterkongresses gemacht habe. Kollege Gabb behandelte den Wunsch aus, mehr die anderen Berufsversammlungen zu besuchen, damit auch die kleineren Zahlstellen gestärkt würden. Als ein Schmerzenskind wurde allgemein der dritte Punkt empfunden. (Winterbeiträge.) Kollege Meister teilte mit Recht fest, daß es vielfach ungerecht sei, die am Orte

verbleibenden Kollegen, die in schwierigen Verhältnissen den Winter überleben müssen, mit Beiträgen zu belasten, während andere nach der Heimat fahren und oftmals gar nichts zahlen. Ausreden wie die, in den Winterquartieren leben zu wollen, könne nicht mehr stattgegeben werden, weil bei der Rückkehr eine Kontrolle nicht möglich sei. Zwar waren einige Kollegen vom Westertal, welche hartnäckig die Winterquartiere verteidigten, doch mußten sie sich von der übergroßen Mehrheit überzeugen lassen, daß das Geld in den Verwaltungsstellen des Gewerksgebietes bessere Verwendung finde. Folgender Beschluß wurde gefaßt, welcher für alle abreisenden Kollegen Geltung hat. Jedes abreisende Mitglied hat bei Abmeldung 1 Mark zu zahlen. Dafür werden fünf Stück 20 Pf.-Marken gefleht und mit einem Stempel versehen, welcher vermerkt, daß die Verpflichtungen des Jahres gegenüber dem Verbande erfüllt sind. Jeder abreisende Kollege muß seinen Stempel in die Hände haben, wenn er nicht Gefahr laufen will, an seinen Rechten Einbuße zu erleiden. Für die am Orte Verbleibenden wurde eine 20-Pf.-Marke pro Woche festgesetzt. Als Stimmzettler werden mehrere sich freiwillig die Kollegen Neujahr und Arnob. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab folgendes Bild: Die Einnahme der Verwaltungskassentaxe und Hauptkasse betrug 8007,14 Mk.; die der Lokalkasse inkl. 806,58 Mk. Kassenbestand 1768,89 Mk. Ausgaben der Verwaltungs- und Hauptkasse 2228,06 Mk. der Lokalkasse 283,02 Mk., somit Bestand der Lokalkasse für das nächste Quartal 985,87 Mk. Vorsitzender und Revisoren erklärten, die Bücher und Kasse in Ordnung befunden zu haben, und wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Bei dem Punkt Vorstandswahl erklärte Kollege Wöfler als erster Vorsitzender, die Wahl aus Familiengründen nicht wieder annehmen zu können. Kollege Philipp Neujahr wurde hierauf als erster Vorsitzender gewählt, die übrigen Vorstandsmitglieder mit wenigen Änderungen wiedergewählt. Zum Schluß richtete Kollege Meister einen warmen Appell an den neugewählten Vorstand sowohl, als auch an die Mitglieder. Eine dunkle und unklare Zukunft liege vor dem Baugewerbe; in dieser Situation müsse jeder seinen Posten, auf den er gestellt, voll und ganz ausfüllen. Kollege Neujahr als neugewählter Vorsitzender gab das Versprechen, seine ganze Kraft in den Dienst der Sache zu stellen, dafür sollten die Mitglieder auch ihm das Vertrauen entgegenbringen, wie dies bei dem früheren Vorsitzenden der Fall war. Um 11 1/2 Uhr wurde die inhaltreiche Versammlung geschlossen.

Eintracht. Am Sonntag, den 8. Dezember, hielt unsere neugegründete Zahlstelle ihre erste Mitgliederversammlung ab. Die Kollegen waren vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung stand: Vorstandswahl. Gewählt wurden: als 1. Vorsitzender Kollege Stein, als zweiter Stell. Meyer; als Kassierer Stell. Webers und als Schriftführer Stell. Beyer. Im Laufe der Versammlung entspann sich eine lebhafte Diskussion, in welcher festgestellt wurde, daß noch viele indifferenten Kollegen hier vorhanden sind. Hoffentlich wird es den Bemühungen der Kollegen gelingen, auch diese für unsere Sache zu gewinnen. Zum Schluß erfolgte noch Aufnahme neuer Mitglieder.

Heidelberg. In der letzten Zeit mehren sich die Uebertritte in der Heidelberger Gegend vom sozialdemokratischen Maurerverband zum christlichen zusehends. Dieses Schwindens der roten Ruten ist nun dem Vorstandsmitglied vom roten Maurerverband hier selbst, Hauer, arg auf die Nerven geschlagen; er sieht seine ohnehin nicht mehr feste Position noch mehr schwinden. — Hölse Müller behauptet nämlich, daß für Hauer ein „Rufschiff ohne Steuer“ fabriziert werde. — Als nun am Montag mittag, den 2. Dezember, H. durch Heidelberg marschierte, gewahrte er in der Elektrischen zwei Maurer, die vor kurzem ebenfalls zum christlichen Verbände übergetreten waren. Der eine war Vorsitzender der roten Zahlstelle. — Flugs setzte H. den beiden nach und wollte Kraft mit denselben anfangen. An einer Zweigstelle angekommen, verließen die beiden Christlichen den Wagen, um Streit zu vermeiden, und setzten sich in einen anderen. Da sprach Hauer nach und rief: „Ich hau euch auf die Ohrläppel — ihr“ — sprang auf Trittbrett des betreffenden Wagens, den die Christlichen bestiegen hatten, hielt sich an den Eisenstangen fest und versetzte dem christlichen Maurer S. Kunkel von Dossenheim einen wuchtigen Fußtritt vor den Unterleib! Stolz wie ein Biegelagerer verschwand darauf der wadere „Arbeiterver — parbon — Führer“ von der Bildfläche. Wenn schon die Führer zu solchen Mitteln greifen, was kann man dann von den Mitgliedern erwarten? — Ein solches Benehmen aber wirft ein sehr schlechtes Licht auf die Bildung und den Charakter des H. Diese roten, brutalen Gewaltakte, die den übrigen Terroristenwaffen gegen die Christlichen folgen, müssen diese um so fester zusammenschweißen und zum gemeinsamen Handeln anfeuern. Die Brut dieser Genossen zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und den wollen wir auch weiter gehen. Aufklären, agitieren und werden, das muß die Parole eines jeden einzelnen sein; die höchste Aufgabe muß es für jeden unserer Kollegen sein, bis Neujahr mindestens einen „freien“ Gewerkschaftler für uns zu gewinnen — durch Ueberzeugung — dann werden die Gewaltakte von allein verschwinden, und die Wehrmachtsdiktatur wird um so eher in unserer Brust klingen: Friede auf Erden . . . und auch in unserer Verwaltungsstelle.

Heiden. Am 8. Dezember. In unserer heutigen Mitgliederversammlung referierte Kollege Schneider über unsere Stellungnahme zum neuen Tarif. Daran knüpfte sich eine ausgedehnte Diskussion, deren Sinn dahin auslag, daß wir alle Veranlassung haben, unsere Organisation zu stärken. Infolge der schlechten Baukonjunktur war der Fortschritt der Zahlstelle im Laufe des Jahres ein minimaler. Aufgenommen wurden 14 Kollegen und ein Uebertritt. Die Gesamteinnahmen betragen 669,20 Mk. Die Extrabeiträge wurden pünktlich entrichtet. Bedauert wurde, daß der Kollege Schaub aus Nidwigheim ohne Abmeldung und Bezahlung seiner Beiträge abgereist ist. Ferner wurde das Verhalten des Politers Görg bei der Firma Behnhoff einer Kritik unterzogen. Derselbe ist kein Freund der Organisation, und lassen die Arbeiterausbestimmungen bei ihm zu wünschen übrig. Mit einem Hoch fand die Versammlung ihr Ende.

Delbe. Am Sonntag, den 1. Dezember, hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche gut besucht war, auch Kollege Werner (Paderborn) war zu derselben erschienen. Auf der Tagesordnung stand 1. Bericht über die am 17. November zu Paderborn abgehaltene Bezirkskonferenz; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Neuer Arbeitsvertrag; 4. Verschiedenes. Kollege Werner hielt einen einstündigen Vortrag, in welchem er mit klaren verständnisvollen Worten der Versammlung die Beschlüsse der Bezirkskonferenz schilderte. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: August Clemens als erster, Joseph Händler als zweiter Vorsitzender; Joseph Franzloch als erster, Anton Bluge als zweiter Kassierer; Ferd. Probst als erster, Ferd. Kühmann als zweiter Schriftführer; als Revisoren Gerh. Müller und Herm. Kerpenstößer. Der neue Arbeitsvertrag, welcher der Versammlung vorgelegt wurde, wurde einstimmig angenommen, und beschlossen, ihn sofort an die Arbeitgeber einzuliefern. Ferner beschloß die Versammlung, für die beitragsfreie Zeit einen Lokalschlag von 15 Pf. pro Woche zu erheben. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die so wichtige Versammlung geschlossen.

Oppeln. Am 1. Dezember hielt die Verwaltungsstelle Oppeln eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht, 2. Referat des Kollegen Ehrhard. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen 420,68 Mk.; davon wurden vorausbezahlt 134,50 Mk. für Streikunterstützung, somit an die Lokalkasse abgemeldet 286,18 Mk. Die Lokalkasse hatte inkl. Kassenbestand eine Einnahme von 126,14 Mk.; die Ausgaben betragen

52,51 Mk. bleibt mithin ein Bestand von 73,63 Mk. Zum Vertrauensmann für Grubtschlag wurde Kollege Michalski gewählt. Mit dem Wunsch, daß in Zukunft die Verammlungen besser besucht werden möchten, fand die Versammlung ihr Ende.

Scherfede. Es ist ziemlich ein Jahr seit Bestehen der Zahlstelle verstrichen, und wir können beim Rückblick über die vergangene Zeit mit dem Resultat zufrieden sein. Als im Januar die Gründung der Zahlstelle erfolgte, waren es nur einige Kollegen, die aber die Sache richtig beurteilten. Diesen Kollegen gelang es durch eifrige Agitation auch die übrigen Kollegen zur Organisation zu bringen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren ungünstig, denn es wurde bei eifriger Arbeitszeit ein Tageslohn von 3,50 Mk. verdient. Die günstige Konjunktur veranlaßte die Kollegen in eine Lohnbewegung einzutreten. Die aufgestellte Forderung handelte in den Hauptpunkten um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes. Es wurde 10-stündige Arbeitszeit für Maurer und Bauhilfsarbeiter gefordert. Statt des Tageslohnes sollte Stundenlohn gezahlt werden, und zwar in folgenden Sätzen: Vom 1. April bis 31. Juli 38 Pf. für Maurer, 28 Pf. für Bauhilfsarbeiter, vom 1. August bis 31. März 1908 39 Pf. für Maurer, 29 Pf. für Hilfsarbeiter, vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 40 Pf. für Maurer und 30 Pf. für Hilfsarbeiter. Die eingereichte Forderung brachte auch die Arbeitgeber auf die Beine. Diese gingen mit den allbekanntem Mitteln an zu arbeiten, die Arbeiterschaft vom Gebrauch des Streikrechts abzuhalten. Aber weder Abregelung noch Schlichtung waren imstande, die Arbeiterschaft zurückzuhalten. Der Organisationsgedanke hatte Wurzeln geschlagen, und die Arbeiterschaft des Baugewerbes hatte erkannt, daß nur Einigkeit stark macht. Konnte nun die geforderte Lohnserhöhung nicht am 1. April in Kraft treten, so gelang es doch am 1. August mit dem Herrn Bauunternehmer Götte den Vertrag abzuschließen, in welchem obengenannte Lohnsätze und Arbeitszeit zur Geltung kamen. Im November hat nun auch der Unternehmer Herr Schmüdel den Vertrag unterzeichnet und anerkannt. Kollegen von Scherfede und Umgegend! Jetzt heißt es, das Ertrungene festzuhalten und die Organisation nach außen und innen kräftig auszubauen. Eine Lücke in der Organisation darf nicht vorkommen. Darum hoch die Solidarität!

Solingen. den 1. Dezember. Gestern hielt unsere Zahlstelle die diesjährige Generalversammlung ab. Der Kassenbericht, den der Kassierer Kollege Müller erstattete, ergab folgendes Bild: Bis zum 20. November wurden 51 Kollegen neu aufgenommen. Verkauf wurden 51 Eintrittsmarken, 136 Beitragsmarken zu 45, 284 zu 50, 682 zu 55, 2328 zu 60, 119 Arbeitslosenmarken zu 20, 104 zu 25, 511 Agitationsmarken zu 10, 436 Extramarken zu 60, 51 zu 50 und 718 Lokalkassensmarken zu 10 Pf. Die Gesamteinnahme für die Zentrale betrug 2229,35 Mk.; die Einnahme für die Zahlstelle 312,09 Mk., die Ausgabe 268,56 Mk. — Den Tätigkeitsbericht erstattete der Schriftführer Kollege Weis. Es fanden statt: 19 Mitgliederversammlungen, eine außerordentliche Versammlung, eine Generalversammlung, vier Vorstandssitzungen. Im ersten und zweiten Vierteljahr beschäftigte sich die Zahlstelle mit dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages, wodurch die 9 1/2-stündige Arbeitszeit und 4 Pf. Lohnserhöhung erzielt wurde. Auch sonst betätigte sich die Zahlstelle auf wirtschaftlichem Gebiete. In den Versammlungen wurden folgende Themenata behandelt: Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz, Gewerbeversicherungs- und Gewerbeordnung, Steuergesetz, Verhältniswahlrecht, Arbeiterausbestimmungen; auch geistige Schulung und Bildung wurde gepflegt. Die Vorträge wurden gehalten von den Kollegen Henning, Buchner und Fiert, sowie Kolll. Krämer (Remscheid), Preuß (Eberfeld) und Lange (Köln). Die Versammlungen waren durchschnittlich von 30-40 Prozent der Mitglieder besucht. Die Zahlstelle war durch Delegierte im sozialen Ausschuß, Kartell und Verwaltungsstelle vertreten. Berichte wurden gegeben: vom sozialen Ausschuß 8, Kartell 6, Verwaltungsstelle 3. Lohnkommissionsitzungen fanden 13 statt, des weiteren vier Sitzungen mit den Unternehmern. Der Vorsitzende, Kollege Buchner, erläuterte die Berichte und stellte dieselben zur Diskussion. Am Kassenbericht wurde kritisiert, daß auffällig viele Arbeitslosenmarken verkauft wären. Der Kassierer legte klar, daß das nur dadurch käme, daß viele Kollegen erst im März und April von der Heimat gekommen und viele im Sommer einige Wochen zu Hause geblieben wären. Bezüglich der Extramarken sei zu bemerken, daß ein Teil der Kollegen dieselben noch nachlebten. Dem Kassierer wurde darauf einstimmig Decharge erteilt. Der Bibliothekar berichtete über die vorhandenen Bücher und gab an, daß bei seiner Uebernahme nicht mehr alle Bücher vorhanden gewesen wären. Um eine pünktliche Ablieferung der Bücher zu ermöglichen, wurde beschlossen, daß gebundene Bücher innerhalb vier Wochen zurückzugeben sind, broschürierte Bücher innerhalb zwei Wochen. Werden die Bücher länger zurückgehalten, dann sind für erstere pro Woche 10 Pf., für letztere 5 Pf. zu zahlen. — Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Christ. Buchner, erster, Fiert, zweiter Vorsitzender; Emil Müller, erster, Mohr, zweiter Kassierer; Weis, erster, Franz Müller, zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Wirges und Weg gewählt; als Delegierte in den sozialen Ausschuß die Kollegen Chr. Buchner und Fiert. Als Verwaltungsstellendelegierte Chr. Buchner, Franz Müller und Weis. Kollege Henning wurde beauftragt, die Interessen der Zahlstelle in der Presse zu vertreten, dabei engere Fühlung mit dem Vorstand zu halten. Alle Gewählten versprachen, den übernommenen Pflichten getreu nachzukommen. Zum Schluß sprach Bezirksleiter Kollege Lange dem alten Vorstand den Dank für ihre Arbeiten aus und erinnerte daran, was für Vorteile die Kollegen in diesem Jahre wiederum durch die Organisation erreicht haben. Die Solinger Zahlstelle habe seit ihrem Bestehen große Ertrungenschaften zu verzeichnen. Aber große Aufgaben länden ihr auch für die Zukunft bevor. Er machte dann bekannt, daß die Arbeitgeber den Vertrag gekündigt und einen neuen Entwurf, der durchweg Verschlechterungen, aber keine Verbesserungen aufweist, zugestellt haben. Auf einige wichtige Punkte ging er ein und ermahnte die Kollegen, mit neuem Eifer und Energie die Agitation aufzunehmen, damit wir zu jeder Zeit gerüstet sind. In eine Diskussion über den Vertragsentwurf wurde nicht eingetreten, sondern die Angelegenheit der Lohnkommission überwiesen. Darauf schloß der Vorsitzende die anregende Generalversammlung.

Wald (Rhd.). Am 30. November fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches; 2. Kassenbericht; 3. Vortrag; 4. Vorstandswahl. Die Kollegen zahlten ihre rückständigen Beiträge. Im allgemeinen können wir über die Mitgliederzahl, sowie Kassenverhältnisse zufrieden sein. Es stehen ja immer noch einige Kollegen fern, welche trotz der größten Mühe nicht zu gewinnen sind. Die Lohnsätze sind hier noch immer friedlich abgeschlossen worden. Diese Kollegen meinen nun, das ginge immer so und dann der Hauptgrund das Beitragszahlen (die verkehrte Sparsamkeit). Enten wollen die Kollegen wohl, aber nicht säen. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht, und wurde ihm, nachdem der Bericht für richtig befunden wurde, Entlastung erteilt. Kollege Preuß hielt einen feinen Vortrag über die Wichtigkeit des Vorstandes. Ferner gab er den von dem Arbeitgebergebundene ausgearbeiteten Arbeitsvertrag bekannt, über den die Kollegen ihre größte Unzufriedenheit bekundeten. Nebenher forderte die Kollegen zu fleißiger Agitation auf und ermahnte die abreisenden Kollegen, sich in der Heimat den Winterquartieren anzuschließen, eventuell neue zu gründen und die „Baugewerkschaft“ fleißig zu studieren, damit wir im kommenden Frühjahr im Fall eines Kampfes gerüstet sind und unseren Mann stellen können. In den Vorstand wurde Kollege Schwarz und der erste Kassierer Herzberg wiedergewählt. Anstelle des ersten Schriftführers Dittsch, der nach der Heimat abreiste, wurde

Kollege Schmidt einstimmig gewählt. Beschlossen wurde, die Versammlungen des Winters Sonntag, vormittags 11 Uhr, abzuhalten; das Verbandslokal Selgemann wurde befestigt.

Wirges (Westertal). Am Sonntag, den 1. Dezember fand hier eine gut besuchte Konferenz sämtlicher Zahlstellen des Westertales (mit Ausnahme von Nauort) statt. Bezirksleiter Haffe-Frankfurt und Kollege Hiltensbrand-Siegen waren als Referenten erschienen. Kollege Haffe referierte über unsere Stellung zur Lohnbewegung fürs kommende Jahr. Beschlossen wurde, folgende Forderung einzureichen: vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 für Maurer und Zimmerer 43 Pf.; von 1909 bis 1910 45 Pf.; für Schreiner 45 Pf. bzw. 47 Pf. für Bauhilfsarbeiter 35 Pf. bzw. 37 Pf. pro Stunde, bei 10stündiger Arbeitszeit. Dauer der Arbeitszeit von 6 1/2 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr abends. Acht Tage Kündigungsbeiderseits. Wohnung alle 14 Tage von Feierabend auf der Arbeitsstelle. Dieser Tarif betrifft alle Zahlstellen des Westertales. Kollege Hiltensbrand-Siegen forderte dringend die Delegierten auf, dafür zu sorgen, daß im Winter Lokalschlagmarken von 10 Pf. gefleht werden. — In den Vorstand wurden folgende Kollegen neu bzw. wiedergewählt: Jakob Neuroth, Zimmerer, als erster Vorsitzender; Peter Hemmrich, Maurer, als Kassierer; Joseph Dürnbach, Maurer, als Schriftführer. Zu Revisoren: Alois Adler, Schreiner und Joseph Dürnbach, Maurer. Hauskassierer blieben die alten. — Kollege Neuroth forderte die Kollegen der Zahlstelle Wirges aus, unbedingt die oben angeführten 10 Pf.-Marken zu flehen und für die Zukunft die Mitglieder-Versammlungen besser zu besuchen, hauptsächlich in diesem Winter. Also Kollegen, frisch auf zur Tat fürs nächste Jahr. Nur circa 200 Kollegen sind in unserem Bezirke organisiert, 200 stehen noch abseits. Diese müssen wir gewinnen, denn diese verblieben den Erfolg.

Wittlich. den 8. Dezember 1907. Vor Jahresfrist waren sämtliche Maurer und Hilfsarbeiter ausgezerrt. Am 2. November 1906 war es, als die Unternehmer sämtliche Arbeiter ohne Kündigung rückwärtslos davonjagten, weil sich die Arbeiter erlaubten, von dem ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Die Unternehmer wußten genau, welche Stützen die Organisation für die Arbeiter bedeuten, daher die rückwärtslose Verjagung. Viele Kollegen waren gezwungen abzureisen. Die Organisation hand ihnen treu zur Seite. Trotzdem die Kollegen noch keine Gelder in die Organisationskasse gezahlt hatten, übernahm die Organisation bereitwillig die ziemlich hohen Reisekosten für die weiten Entfernungen nach Düsseldorf und nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Mehreren Kollegen wurde sogar Logis verschafft. In der Ferns konnten sie die Solidarität christlich organisierter Arbeiter praktisch erfahren, wie einer den anderen unterstützte und ihm zu helfen suchte. Alle waren denn auch mit heller Begeisterung für die Organisation erfüllt. So treu die Organisation den Wittlicher Maurern und Hilfsarbeitern gegenüber gehandelt hat, kann dies im Allgemeinen von den Wittlicher Maurern und Hilfsarbeitern der Organisation gegenüber leider nicht gesagt werden. Im dem Charakter mehrerer Kollegen hat man sich gewaltig getäuscht. Durch das energische Eintreten der Organisation und das tapfere Verhalten der meisten Kollegen, sahen sich die Unternehmer im Frühjahr genötigt, den Stundenlohn auf 40 Pf. für die Maurer und dementsprechend auch den Lohn für die Hilfsarbeiter zu erhöhen. Das bedeutete gegen das Vorjahr eine Erhöhung des Lohnes um 7 Pf. pro Stunde. Das System der schwarzen Liste, wonach diejenigen Arbeiter, die es wagten, ihre Entlassung zu nehmen, vier Wochen ausgeperrt blieben, wurde gestürzt. Dazu bestand die Hoffnung, in den kommenden Jahren weitere Fortschritte zu machen. Letzteres um so mehr, als in Wittlich durch den Bahnbau, welcher sehr viele Maurerarbeiten erfordert, sich die passendste Gelegenheit bietet den Lohn noch weiter zu steigern. Durch verkehrten Egoismus und Kurzsichtigkeit, haben aber ein Teil der Kollegen die Organisation treulos verlassen. Ein Opfer für die Hebung ihres Standes wollen sie nicht bringen. Demgegenüber ist es erfreulich, daß der größte Teil den verkehrten Egoismus nicht kennt, sie sind nicht mit Mühseligkeit geschlagen, sie haben die Notwendigkeit der Organisation erkannt, haben dieselbe hoch und streben ernstlich dafür. Am 29. September hielt Kollege Lange einen äußerst fehrredigen Vortrag über das „Recht in gewerblichen Arbeitsverträgen“, wodurch die Unwissenenden wertvolle Aufklärung erhielten. Heute war Bezirksleiter Kollege Lange wiederum erschienen. Diesesmal gab er einen interessanten Bericht vom zweiten deutschen Arbeiterkongress. Nur schade, daß wegen des ungestümen Regenerwetters nicht alle Kollegen erschienen waren. Unter Punkt Bekanntheit verlor der Vorsitzende, Kollege Gombler, die Bekanntmachung des Zentralverbandes bezüglich der Kündigung der Verträge in West- und Mitteldeutschland, sowie die Erinnerung, daß alle Kollegen verpflichtet sind, die Extrabeiträge zu zahlen. Kollege Lange führte den Ernst der Situation klar vor Augen und legte die Gründe dar, warum die Generalversammlung die Extrabeiträge beschloß, und daß denjenigen Mitgliedern, die die Extrabeiträge nicht bezahlt haben, die Unterstützungen entzogen wurden. Alle Anwesenden erklärten sich darauf bereit, die Extrabeiträge zu flehen. Es wurde beschlossen, an die Mitglieder ein Erinnerung- und Begründungsschreiben zu richten. Sodann sprach man sich dahin aus, erneut an die Arbeitgeber heranzutreten, auch an die Unternehmer in den Landorten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen erneut zu regeln. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Steinarbeiter.

Rüthen. (Steinarbeiter.) In Nr. 44 des „Steinarbeiter“ vom 2. November 1907 findet sich folgender Bericht: „Rüthen Westfalen. Seitdem hier die Christlichen eifrige Mann organisiert, da nehmen die Verhältnisse der Steinarbeiter Rüthen eine ganz andere Wendung. Es ist kaum zu glauben, was sich die Firma Bergenthal alles erlaubt. Nicht genug damit, daß diese uns den Vertrag gekündigt hat, wonach es pro Stunde 60 Pf. gab, nein, er Bergenthal brachte es auch fertig, noch andere Verschlechterungen einzuführen. Weiter hatten die Steinmegeren für sich einen Konflikt mit der betreffenden Firma wegen der Affordpresse. Es kam zur Arbeitsniederlegung. Nachdem nun vonseiten des Geschäftsführers Sauerborn erklärt worden war, daß die betr. Stühle, um welche es sich handelte, im Soest gemacht werden sollten, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf, aber was geschah? Sämtlichen Kollegen wurde gekündigt. Später sprach sich Herr Sauerborn aus, gekündigt wird allen, nur wer uns gefällt, den behalten wir nachher wieder. Nun wäre dies das Schlimmste an der Sache noch nicht, daß diese Ende kommt nach. Als letzten Sonnabend Abtag war, erhielten alle Kollegen 1 Mk. Strafe. Selbstverständlich sagte sich nun Herr Bergenthal, die Heger müssen besonders schwer bestraft werden, und so erhielt unser Kollege Gerhard Richter 150 Mk. Strafe, wahrscheinlich wegen seines Eintretens für die gerechte Sache. Es ist aber doch recht bezeichnend, daß die christlichen Gewerkschaftler sich der Sache in keiner Weise annahmen, wie wohl auch ihre Mitglieder davon betroffen wurden. Wir von unserer Seite aus hatten darüber recht erregte Debatten in unseren Versammlungen. Als die Christlichen eine Mitgliederversammlung abhielten, wozu unsere Kollegen auch und Zutritt eingelassen waren, wurde den beiden Kollegen von dem Gau-leiter der Christlichen der Beschuldigung zuteil, daß sie hier nichts zu suchen hätten, worüber sich zwischen Wirth und Werner (christlicher Gauleiter) eine lebhafte Debatte entspann. Dann wurden Koch und Wirth aufgefordert, in die christlichen Reihen überzutreten, unsere Leute gaben ihnen eine herbe Antwort dafür. Wenn die Christlichen denken, wir sind ihrer schönen Verdrängung mächtig genug gleich zur Geltungslimperei bereit, dann sind sie auf dem Holzwege.“ — So weit der Bericht im „Stein-

nebeher". Dem Schreiben kann man es ansehen, daß es nur einen gewissen Zweck verfolgt, nämlich den Christlichen etwas anzuhängen, um so die eigene Blamage zu verdecken. Zunächst ist es unklar, wenn behauptet wird, die Christlichen hätten keine Stellung zu der Angelegenheit Bergenthal, betreffs der Strafen, genommen. Es sind bis heute dem Vorstande keine Klagen vorgebracht worden, denn in den Mitgliederversammlungen ist stets aufgefodert worden, beratliche Fälle zu melden. Ferner ist es unklar, daß Koch und Wirth eingeladen seien, denn der Vorstand hat weder schriftlich noch mündlich eine Einladung an dieselben ergehen lassen. Was die betreffenden Genossen im Lokale erfahren, wurde ihnen vom Vorstande bedeutet, daß eine Mitgliederversammlung unsererseits einberufen sei, und nur Mitglieder unseres Verbandes Zutritt hätten. Die Genossen wollten aber gern dabei sein und es kam so weit, daß der Vorstand von seinem Rechte Gebrauch machte und ihnen das Lokal verbot. Eine weitere Unwahrheit ist die Behauptung, der Bezirksleiter Werner hätte in den Debatten die Genossen aufgefordert, in den Christlichen Verband einzutreten. Dieses ist vollständig aus der Luft gegriffen, denn Werner hat nur den Standpunkt erklärt, welchen wir einnehmen, betreffs des abgeschlossenen Arbeitsvertrages. Die Genossen wollten gern etwas Agitation machen und deswegen Arbeitsüberlegung bei der Firma Bergenthal. Was die Sache für dieselben unglücklich ausliefe, wollte man die Christlichen mit in die Patsche reißen. Da aber für uns der Vertrag besteht, mußten wir denselben respektieren und werden es auch ferner tun. Wenn dann ferner zum Schluß von Versammlungen die Rede ist, so trifft dies in obigem Falle bei den Genossen zu, denn es ist bezeichnend, wenn man die Christlichen Kollegen auffordert, den Vertrag zu brechen. Welche rote Gesinnungsumperlei! Dieselbe kennzeichnet sich auch darin, daß die zielbewußten Genossen die Vertreibung der Interessenten der Steinarbeiter damit bekunden, daß sie bei der Firma Müller & Co. für einen Stundenlohn von 50 Pf. arbeiten, während der Minimallohn 60 Pf. beträgt. Es sei bemerkt, daß nur Steinmehrer der „freien Gewerkschaft“ bei dieser Firma arbeiten. Aus vorstehenden Sätzen ist zu ersehen, daß die Genossen es nicht genau nehmen mit der Wahrheit. Die Christlichen Steinarbeiter von Rütten und Umgegend fordern wir auf, es recht fest zu stehen und die Agitation immer weiter auszuweiten, damit die noch fernstehenden Kollegen gewonnen werden.

Soziale Wahlen.

Wohnum, den 11. Dezember 1907. Am 9., 10. und 11. Dezember wurden die Vertreterwahlen zur Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse getätigt, welche mit einem glänzenden Siege der Christlichen Arbeiter endeten. Aus der Wahl gingen hervor: 41 Kandidaten der Christlich-nationalen Liste, 2 parteilos und 13 Sozialdemokraten.

Wanne, den 9. Dezember 1907. Heute wurden die Gewerbetagswahlen getätigt, welche mit einem glänzenden Siege der Christlichen Arbeiter endeten. Abgegeben wurden 124 Stimmen. Davon erhielt die Christliche Liste 92 und die sozialdemokratische 32 Stimmen. Das sozialdemokratische „Wohnumer Volksblatt“ sprach einige Tage vor der Wahl von „Massen“, welche sich an derselben beteiligen sollten. Ob dieses die roten Massen sein sollten? Unser Verleib.

Wattenheid, Am 2. Dezember wurden die Ergänzungswahlen zur hiesigen Ortskrankenkasse vollzogen. Die zwei Kandidaten der Christlichen Arbeiter gingen aus der Wahl als Sieger hervor.

Soziales.

Ärzte als Gewerbeinspektoren.

Nach der Erklärung des Ministers v. Pfister in der württembergischen Kammer ist für die nächste Etatsperiode die Anstellung eines Arztes für die württembergische Gewerbe-Inspektion in Aussicht genommen. Damit wird der erste Schritt zur Erfüllung einer Forderung getan werden, die schon längst von Ärzten und einschlägigen Sozialpolitikern erhoben wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ärzte für diesen Posten sich ebenfodert eignen, wie die Techniker, aus deren Reihen bisher die Fabrik-Inspektoren sich ausschließlich rekrutierten. Ist doch die gesamte Gewerbehygiene, das Hauptarbeitsfeld der Gewerbeinspektion, ein Zweig der medizinischen Wissenschaft, an deren Aufbau zahlreiche praktische Ärzte wie auch die experimentelle Forschung mitarbeiten; seit Einführung der staatlichen Krankenkassen hat ferner die Gewerbehygiene eine reiche Förderung durch die in der Krankenpraxis tätigen Ärzte erfahren, was aus den Jahresberichten zahlreicher größerer Krankenkassen hervorgeht. Es ist gar kein Zweifel, daß die Gewerbehygiene noch zahlreiche Fortschritte aufzuweisen haben wird, wenn erst einmal das ärztliche Element in systematischer Weise an der Fabrikinspektion, deren Aufgaben ja zusehends wachsen, beteiligt sein wird. Natürlich werden sich die Ärzte die notwendigen technischen Kenntnisse aneignen müssen, was ihnen bei ihrer naturwissenschaftlichen Vorbildung nicht schwerer fallen wird, als den aus der Technik hervorgegangenen Inspektoren die Erlernung medizinisch-hygienischer Kenntnisse. Ist doch auch der Schweizerische Fabrikinspektor Schuler, der sich die größten Verdienste um den Ausbau der Gewerbeinspektion erworben hat, aus dem ärztlichen Stande hervorgegangen. Ist erst einmal die jetzt immer noch herrschende Aneignung, den Ärzten die gebührende Stellung in der Bewachung der gewerblichen Betriebe einzuräumen, überwunden, so wird sich eine Arbeitsteilung von selbst nach der Richtung ergeben, daß den Technikern die Sicherung der Betriebe gegen Unfälle und Prüfung der Arbeiterzustandrichtungen, sowie die Kontrolle der gesetzlichen Bestimmungen, den Ärzten dagegen die Überwachung der Gesundheit der Arbeiter, sowie die sanitäre Ausgestaltung der Betriebe zufallen wird.

Mindestpreise im Handwerk.

Die Bewegung im Handwerk zwecks Festsetzung von Mindestpreisen, und der vorbeugenden Schutzmaßnahmen vorzubringen, wozu sie zusehend. Die „Nordb. Allgemeine Zeitung“ schreibt darüber:

„In den Kreisen des Handwerks wächst die Bewegung auf generelle Festsetzung von Mindestpreisen. In der ersten Sitzung hat sich der Reichstag zu einer solchen Bitte der Preisempfehlungen wohlwollend gestellt. Nun wird uns geschrieben, daß auch der in Essen (Ruhr) am 10. November 1907 tagende außerordentliche rheinisch-westfälische Provinzial-Volltag sich wegen des Stieges der Preise für das Rohmaterial teilweise zu dem Doppelte, der Lohn um 30 bis 40 Prozent, der Arbeitsüberlegung um zwei bis drei Stunden und der Reduzierung der Lebensunterhaltung für die Ausarbeitung eines Normalpreistarifes für Tischlereierzeugnisse und eines Tarifes von Normalfertigungsbedingungen ausspricht, die möglichst für das ganze Gebiet des rheinisch-westfälischen Provinzialverbandes Geltung haben könnten. Der Normalpreistarif soll enthalten: diejenigen Verkaufspreise für eine möglichst große Anzahl oft vorkommender Tischlerarbeiten, welche man mindestens haben muß, um anzukommen und die Waren

in einer handwerksgerechten Qualität herstellen zu können, und diejenigen Sätze, welche für den Kundenschaft gefestete Gesellenlohnstunde nach den örtlichen Verhältnissen als angemessen zu bezeichnen sind. Die Ausarbeitung des Entwurfes für Normalfertigungsbedingungen soll übrigens nicht einseitig vom Tischlerhandwerk erfolgen. Der Vorstand des rheinisch-westfälischen Provinzialverbandes wurde vielmehr beauftragt, an die Baubehörden und Korporationen der Tischler und Bauunternehmer mit der Bitte heranzutreten, Delegierte zur gemeinschaftlichen Ausarbeitung des Entwurfes abzuordnen. Das fertige Werk soll dem nächsten Volltag zur Beschlußfassung und Verkündung vorgelegt werden. Desgleichen sollen die vorgenannten Arbeitgeberverbände gebeten werden, das fertige Werk ebenfalls durch ihre Generalversammlungen prüfen und verstanden zu lassen.“

Kritisch bemerkt die „Nordb. Allg. Ztg.“ zu dieser Zuschrift noch: „Die Schwerearbeiten einer solchen Regelung erscheinen uns doch größer, als es in den überfandten Berichten zum Ausdruck kommt.“

Rückwanderung aus Nordamerika.

Die Rückwanderung von Arbeitern aus den Vereinigten Staaten ist, infolge der wirtschaftlichen Krise, in letzter Zeit auffallend stark gewesen. So ist der Dampfer „Präsident Grant“ der Hamburg-Amerika-Linie von New York mit 3200 Rückwanderern abgegangen und der Dampfer „Victoria“ derselben Reederei mit 2411. Auch die früheren Monate dieses Jahres haben schon eine starke Rückwanderung gebracht. So gingen von den Nordhäfen der Vereinigten Staaten in den ersten zehn Monaten dieses Jahres an Rückwanderern rund 849 000 Personen. Fort gegen 254 000 in derselben Zeit des Vorjahres, also rund 95 000 Personen mehr. Diese Rückwanderung ist ohne Zweifel eine Folge der Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten, die ihrerseits im Gefolge der finanziellen und industriellen Krise eingetreten ist. Die Berichte aus der amerikanischen Industrie deuten auch darauf hin, daß man in ihren Kreisen in der in Amerika üblichen Kategorie „en Form durch Produktionsmangel“, womit Arbeiterentlassungen verbunden sein müssen, einer Ueberproduktion vorzuziehen und abzulehnen versucht. Diese amerikanische Krise nun führt eine große Störung auf dem Arbeitsmarkt Italiens herbei. Bisher galt die Auswanderung als reguierender Abfluß der überschüssigen Arbeiterzahl. Die Lage in Amerika hält jedoch hier 100 000 Arbeiter zurück, und von diesen kehren 200 000 zurück; Italien muß also für 300 000 Arbeiter über seinen eigenen Bedarf sorgen. Mit der Rückkehr der Auswanderer verliert es auch einen großen Teil der Geldsendungen aus deren Erparnissen.

Baunfälle.

Berlin. Auf dem Neubau der Fabrik von Schäffer & Walter, Lindenstr. 18/19, ereignete sich am 11. Dezember ein schwerer Unfall. Die Firma errichtet auf dem Hinterland ihres Grundstückes Neubauten. Im Keller des bereits fertiggestellten ersten Quergebäudes waren der 68jährige Schmied Friedrich Haupt aus der Hasenheide und der 17jährige Lehrling Karl Kuffak damit beschäftigt, ein aus starken Balken und eisernen Verbindungsstangen bestehendes Gerüst, das der Aufnahme eines Gashöhentagers dienste, unzuarbeiten. Pöhllich stürzte das Gerüst zusammen. Die herabstürzenden Arbeiter fanden den Meister und seinen Lehrling unter den Trümmern liegen. Man schaffte die Verletzten mittelst Droschken nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer. Dort stellte der Arzt fest, daß der alte Haupt schwere Rippenbrüche, der junge Kuffak einen doppelten Beinbruch erlitten hatte.

Bekanntmachungen.

Nochmals sei darauf hingewiesen, daß mit der Abrechnung für das vierte Vierteljahr auch der Bestand an Beitragsmarken mitgeteilt werden muß. Eintritts-, Arbeitslosen-, Agitations-, Sozialfonds- und Extrabeitragsmarken bleiben in den Verwaltungsstellen.

Die Zahlstellen haben die Marken an die Verwaltungsstelle abzugeben.

Mit dem Versand der neuen Beitragsmarken wird am 1. Januar begonnen.

Nach dem 1. Januar darf von den jetzigen Beitragsmarken keine mehr benutzt werden. Wer dann noch rückständige Beiträge zu zahlen hat, erhält von den neuen Marken.

Die Abrechnungsformulare kommen am 27. Dezember und folgende Tage zur Verfügung. Wer am 2. Januar noch nicht im Besitze derselben ist, muß diese sofort melden.

Die Abrechnungen für das vierte Vierteljahr müssen bis 15. Januar in den Händen des Hauptkassierers sein. Wer bis dahin dieselbe nicht eingekandt hat, wird in der nächsten Nummer der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht.

Abrechnung von der Ausperrung der Maurer und Hilfsarbeiter in Ramberg.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	650
Summa	650

Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	626 30
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	130
Für Porto und Schreibmaterial	9 60
An die Hauptkasse zurück	12 80
Summa	650

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
Abam Kleinlein, Joseph Förtsch.
Die Streikleitung:
Lorenz Erhard.

Abrechnung vom Streik der Firma Hermann in Bischofsheim, Thür.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	269 80
Summa	269 80

Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	202 40
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	34
Für Fortschaffung Zugereifter	24 80
Fugblätter und Annoncen	6 90
Porto und Schreibmaterial	1 70
Summa	269 80

Die Richtigkeit beglaubigen:
Der Revisor:
Bernh. Nabel.
Die Streikleitung:
Aug. Schönckes, G. Königsmann.

Abrechnung von der Ausperrung der Steinarbeiter in Wlabach.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	1500
Summa	1500

Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	1225 70
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	71
Für Fortschaffung Zugereifter	7
Porto und Schreibmaterial	1 13
An die Hauptkasse zurück	195 17
Summa	1500

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
Joh. Schall, G. Weinwieser, A. Wernfurter.
Die Streikleitung:
Rit. Sommer, Karl Bergbauer.

Abrechnung von der Ausperrung der Steinarbeiter in Rastberg.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	3700
Summa	3700

Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	3503 85
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	59 80
Für Fernhaltung des Zuguges	12
Fugblätter und Annoncen	10
Porto und Schreibmaterial	5 62
An die Hauptkasse zurück	408 73
Summa	3700

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
Joh. Schaller, Seb. Schlaghauser.
Die Streikleitung:
Georg Bauer, Jos. Brandl, M. Mann.

Abrechnung vom Streik der Steinarbeiter in Gießenberg.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	1506 74
Summa	1506 74

Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	1357 00
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	24 50
Für Fernhaltung des Zuguges	18 55
Rechtschutz und Unterstützung Inhaftierter	33
Porto und Schreibmaterial	4 05
An die Hauptkasse zurück	67 84
Summa	1506 74

Die Richtigkeit beglaubigen:
Der Revisor:
Carl Benhart.
Die Streikleitung:
Heinrich Müller.

Abrechnung vom Streik der Zimmerer in Düsseldorf.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	1500
Von den örtl. Einnahmen für die Zentralkasse verwendet	165 61
An Zuschlagsbeiträgen	351
Summa	2016 61

Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	1847 61
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	35
Für Fernhaltung des Zuguges	15 00
Rechtschutz und Unterstützung Inhaftierter	79 75
Fugblätter und Annoncen	20 95
Porto und Schreibmaterial	17 40
Summa	2016 61

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
Jul. Müller, Frit. Beder, Alex. Schiffer.
Die Streikleitung:
Gub. Creson, Wilh. Diekhans, Joh. Bang.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Mülhausen, El.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	4950
An Zuschlagsbeitrag	531 50
Krankengeld zurück	2 50
Summa	5483

Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	4783 00
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	190 50
Für Fortschaffung Zugereifter	72 20
Fernhaltung des Zuguges	79 18
Fugblätter und Annoncen	43 28
Porto und Schreibmaterial	79 30
An Krankenkassenrechnungen	107 82
die Hauptkasse zurück	126 82
Summa	5483

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
Th. Benzler, Heide.
Die Streikleitung:
Georg Kad., Ed. Bachlin, A. Maag, Fr. Kott.

Herbetafel.

Am 3. Dezember starb unser Mitglied Andreas Stange im Alter von 54 Jahren. Zahlstelle Heilberg.
Am 6. Dezember starb unser Mitglied Hubert Thalmann an Lungenerleiden. Zahlstelle Greben.
Am 9. Dezember starb unser Mitglied Georg Wenning im Alter von 42 Jahren an Rheumatismus. Zahlstelle Münster (Westf.), Maurer.
Ehre ihrem Andenken!

Erklärung.

Der Unterzeichnete nimmt die am 20. Oktober 1907 im Gasthause zu Pöhl gemachte Verleumdung, daß der Sozialdemokrat des Christlichen Bauhandwerkerverbandes zu Nürnberg, Wöcker, 700 Mk. unterschlagen habe, mit dem Ausdruck des größten Bedauerns, als Rüge, zurück. Er erklärt, diese Anschuldigung habe sich nicht auf Wöcker, sondern auf den Sozialdemokraten des hiesigen Christlichen Bauhilfsarbeiterverbandes, Fritz Gebrer, bezogen.
Pöhl, den 10. Dezember 1907. Andreas Doehner.